



öffentlich

**Betreff:**

Entlastung Rettungsdienst und Notaufnahmen

**Einreicher:** Fraktion Freie Demokraten

Erstellungsdatum: 18.04.2023

Freigabedatum: \_\_\_\_\_

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.05.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Rettungsdienste und die Notaufnahmen entlastet werden können und das Angebot der Ärztlichen Bereitschaftspraxen im St. Josef Krankenhaus und im Klinikum Ernst von Bergmann besser beworben werden kann, so dass im Laufe des Jahres 2023 möglichst jeder Potsdamer Haushalt von den Angeboten erfährt.

Folgende Punkte sollen bei der Prüfung einbezogen werden:

**Rettungsdienste:**

- Einsparpotential an RTW Einsätzen durch Verweis von Patienten mit leichteren Symptomen an den Notdienst der Kassenärzte
- Möglichkeit der Anpassung sogenannter Codes für z.B. kleinere Verletzungen bei denen bisher automatisch ein RTW geschickt wird

**Bereitschaftspraxen:**

- Verbesserte Informationen und Auffindbarkeit auf potsdam.de zu beiden Bereitschaftspraxen
- Bewerbung in Bussen und Bahnen des VIP, sowie an Haltestellen

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Q4 2023 mitzuteilen.

gez. Sabine Becker/ Björn Teuteberg  
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Rettungsdienste werden oft zu Bagatelleinsätzen gerufen und nicht nur zu Notfallrettungen oder Brandeinsätzen. Beispiele anderer Städte zeigen, dass die Rettungsdienste entlastet werden können. In Berlin zeigt sich z.B. ein Einsparpotential von ca. 13.000 Einsätzen pro Jahr (ca. 5.000 aus Code-Anpassungen und ca. 7.000-8.000 aus Verweis an den Notdienst der Kassenärzte - lt. RBB Beitrag vom 01.09.2022)

Dazu sind eine hohe Anzahl von Fällen in den Notaufnahmen keine Notfälle. Dies führt nach wie vor zu regelmäßigen Abmeldungen von Notaufnahmen. Die Alternative der Bereitschaftspraxen mit dem Angebot in den Abendstunden und am Wochenende ist nicht großflächig bekannt, kann aber weiter zur Entlastung der Notaufnahmen beitragen.

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2022/09/berlin-ueberlasteter-rettungsdienst-innensenatorin-spranger-reformen.html>

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2022/12/rettungsdienst-berlin-cdu-fdp-.html>

Die Auffindbarkeit auf der Homepage der Stadtverwaltung zu beiden Bereitschaftspraxen ist bisher zu versteckt, Öffnungszeiten der Bereitschaftspraxis im St. Josefs sind nicht korrekt angegeben und die Bereitschaftspraxis im Ernst von Bergmann fehlt vollständig.



<b>Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:</b>	
Titel des Antrages:	
<b>Drucksache Nr.:</b>	<b>TOP:</b>

**Stellungnahme der Verwaltung**

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung



Einreicher: **Fraktion der Freien Demokraten**

Betreff: Entlastung der Rettungsdienste und Notaufnahmen

Erstellungsdatum 15.06.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.07.2023	GSWI		X
29.08.2023	O/S		X
06.09.2023	SVV		X

### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Rettungsdienste und die Notaufnahmen entlastet werden können, und das Angebot der Ärztlichen Bereitschaftspraxen im St. Josef Krankenhaus und im Klinikum Ernst von Bergmann besser beworben werden kann, so dass **möglichst** im Laufe des Jahres 2023, **spätestens bis Ende Q1 2024**, jeder Potsdamer Haushalt von den Angeboten erfährt (**116117 und Bereitschaftspraxen**).

Folgende Punkte sollen u.a. mindestens bei der Prüfung einbezogen werden:

#### Rettungsdienste/Notaufnahmen:

~~Einsparpotential an RTW-Einsätzen durch Verweis von Patienten mit leichteren Symptomen an den Notdienst~~ die **KV-Praxis** der Kassenärzte **während deren Öffnungszeiten**,

- u.a. z.B. durch Testen einer zentralen Ersteinschätzungsstelle („Tresen“) im EvB – wie in der 4. Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung zur Reform der Notfall- und Akutversorgung empfohlen
- Anbringen/Aufstellen von Info-Tafeln in diversen Sprachen vor Eintritt zu den Notaufnahmen für besseres Routing.
- ~~Möglichkeit der Anpassung sogenannter Codes für z.B. kleinere Verletzungen bei denen bisher automatisch ein RTW geschickt wird~~

#### Bereitschaftspraxen:

- Verbesserte Informationen und Auffindbarkeit auf potsdam.de zu beiden Bereitschaftspraxen (bisher zu versteckt, Öffnungszeiten der Bereitschaftspraxis im St. Josefs sind länger als auf potsdam.de angegeben, Bereitschaftspraxis EvB fehlt ganz)
- Bewerbung in Bussen und Bahnen des ViP, sowie an Haltestellen, **in verschiedenen Sprachen**.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Q3 2023 mitzuteilen.

Begründung:

~~Rettungsdienste werden oft zu Bagatelleinsätzen gerufen und nicht nur zu Notfallrettungen oder Brandeinsätzen. Beispiele anderer Städte zu strikteren Vorgaben ab wann Rettungsdienste zum Einsatz geschickt werden entlasten. In Berlin zeigt sich z.B. ein Einsparpotential von ca. 13.000 Einsätzen pro Jahr (ca. 5.000 aus Code-Anpassungen und ca. 7.000-8.000 aus Verweis an den Notdienst der Kassenärzte -lt. RBB Beitrag vom 01.09.2022).~~

Dazu sind eine hohe Anzahl von Fällen in den Notaufnahmen keine Notfälle.

(Je nach Erhebung und Selektionskriterien gaben 10 bis 55 % der sich selbstständig in Notaufnahmen vorstellenden Hilfesuchenden eine niedrige Behandlungsdringlichkeit an und erfüllten damit auch aus eigener Sicht nicht die Definition des Notfalls -lt. 4. Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung zur Reform der Notfall- und Akutversorgung). Dies führt nach wie vor zu regelmäßigen Abmeldungen von Notaufnahmen. Die Alternative der Bereitschaftspraxen mit dem Angebot in den Abendstunden und am Wochenende ist nicht großflächig bekannt, kann aber weiter zur Entlastung der Notaufnahmen beitragen.

Bis zu einer ggf. zum Jahresende gesetzlich beschlossenen Anpassung der Reform der Akut- und Notfallversorgung in Deutschland – und deren finaler Umsetzung – wird es noch einige Zeit dauern. Fraglich ist auch noch, ob alle Punkte der Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung im Gesetzgebungsverfahren so umgesetzt werden. Daher sollen mit dem Prüfauftrag vorzeitige Entlastungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

Sabine Becker/Björn Teuteberg  
Fraktionsvorsitzende/r  
Unterschrift